



## Hintergrundinfos

### Zum Internationalen Tag der Landlosen am 17. April

#### (1) Hintergrund zum Tag der Landlosen

Am 17. April solidarisieren sich weltweit Menschen mit den lokalen und globalen Kämpfen von Landlosen- und Kleinbauernbewegungen von La Via Campesina, einem globalen Netzwerk der Bauern und Bäuerinnen, der ländlichen Bevölkerung, der Landlosen und Indigenen. Hintergrund ist die Ermordung von 19 Aktivisten der Landlosenbewegung MST (*Movimento dos Trabalhadores Rurais Sem Terra*) durch die brasilianische Polizei am 17. April 1996. Etwa 1.500 Menschen in der Stadt Eldorado dos Carajás im Norden Brasiliens hatten in ihrem rechtmäßigen Kampf um Land eine Landstraße blockiert, als sie von 150 Polizisten umzingelt wurden und diese wahllos und brutal in die Menge feuerten. Bis heute, 17 Jahre nach dem Massaker, wurde kein Verantwortlicher zur Rechenschaft gezogen. Mitglieder von La Via Campesina, die in Mexiko eine internationale Konferenz organisierten, antworteten mit einem Marsch auf die brasilianische Botschaft und riefen den 17. April zum internationalen Tag des Widerstands und der Aktion gegen alle Formen von Unterdrückung der ländlichen Bevölkerung aus.

#### (2) Landkonflikte in Paraguay

Die Indigenengemeinschaft der **Sawhoyamaxa** lebt seit 23 Jahren, seit ihnen ihr angestammtes Land geraubt wurde, mit über 150 Familien am Rande einer Landstraße. 1989 reichte sie einen Antrag zur Rückgabe des Landes beim INDI (National Indigenous Institute) ein. Vor sieben Jahren wurde Paraguay vom Interamerikanischen Menschenrechtsgerichtshof dazu verurteilt, 14.000 Hektar Land zurückzugeben. Heute ist dieses Land immer noch in der Hand des deutschen Viehzüchters Heribert Roedel, der insgesamt über 60.000 Hektar Land besitzt. Nun, am 21. März 2013, hat die Gemeinschaft beschlossen, durch eine Landbesetzung den Kampf um ihr Land fortzuführen.

Laut Minister Zavala, der kurz nach der Landbesetzung mit der Gemeinde sprach, intervenierten erneut deutsche Behörden. Eine öffentliche Stellungnahme zum Urteil des Interamerikanischen Gerichtshofes lehnt die Bundesregierung jedoch ab. Wir sehen jedoch die Bundesregierung in der Pflicht, sich aktiv gegen die Menschenrechtsverletzungen und für die Rückgabe des Landes einzusetzen, da es sich aktuell im Besitz eines deutschen Staatsbürgers befindet.

Seit 14. Februar 2013 findet die Gerichtsverhandlung gegen 14 Bauern statt, die im Kontext des **Massakers von Curuguaty** u.a. wegen Mordes, Invasion von Privatbesitz und Gründung einer kriminellen Vereinigung angeklagt werden. Bei einer Polizeirazzia während einer Landbesetzung am 15. Juni 2012 in Marina Cue in Canindeju kam es zu einem Zwischenfall, bei dem elf landlose Kleinbauern und sechs Polizisten getötet wurden. Die landlosen Bauern besetzen seit acht Jahren wiederholt dieses Land, da es Staatsbesitz ist und Ex-Senator Riquelme sich dieses unrechtmäßig angeeignet hat. Die Ereignisse lieferten den Vorwand für die parlamentarische Absetzung des damaligen Präsidenten Lugo. Es wird vermutet, dass dieser Zusammenstoß von Auftragskillern verübt wurde und die Drahtzieher in den Kreisen derjenigen zu suchen sind, die den Demokratisierungsprozess, eine Landreform und die Rückgabe ehemaliger staatlicher Ländereien an KleinbäuerInnen und Landlose verhindern wollen.

Bis heute beharrt die Anklage der Justiz auf Mord und hält an ihrer These fest, dass die Bauern die Polizisten in einen Hinterhalt gelockt haben. Die Justiz geht nur den Morden an Polizisten nach, aber nicht denen an Bauern. Auch wurden von der Justiz keine Aussagen von Bauern für das Verfahren zugelassen. Drei unabhängige Untersuchungen von Menschenrechtsorganisationen zeigen Beweise für die Unschuld der Bauern, die aber von offizieller Seite nicht berücksichtigt werden.

### **(3) Die Guarani-Kaiowá in Brasilien: Wo ein Rind mehr Land zur Verfügung hat als ein Mensch**

Die indigene Gemeinschaft der Guarani-Kaiowá im Südwesten Brasiliens (Bundesstaat Mato Grosso do Sul) umfasst ca. 40000 Menschen. Sie haben einen Großteil ihres angestammten Landes durch die Ausbreitung von Rinderweiden sowie Soja- und Zuckerrohrplantagen verloren. Viele leben heute in überfüllten Reservaten oder notdürftigen Lagern und können sich ohne sicheren Zugang zu Land nicht selbst ernähren, so dass sie auf Nahrungsmittelhilfe der Regierung angewiesen sind. Es fehlt an Schulen und gesundheitlicher Versorgung, die Kindersterblichkeit liegt 50% höher als im Rest Brasiliens, viele Kinder sind mangelernährt. Die Perspektivlosigkeit führt zu Alkoholproblemen und einer hohen Gewalt- und Selbstmordrate.

Der Zugang indigener Gruppen zu ihrem traditionellen Land ist prinzipiell durch die brasilianische Verfassung von 1988 und die ILO-Konvention 169, die Brasilien unterzeichnet hat, geschützt. 2007 hat sich die brasilianische Regierung verpflichtet, bis Juni 2009 36 traditionelle Gebiete der Guarani-Kaiowá offiziell anzuerkennen. Dieser Prozess ist jedoch bis heute nicht abgeschlossen, so dass die Guarani weiterhin unter prekären Bedingungen leben müssen und zudem immer wieder Bedrohungen und gewaltsamen Übergriffen durch die Agrarindustrie ausgesetzt sind. Der letzte Mordfall ereignete sich im Februar 2013, als der 15-jährige Denilson Barbosa beim Fischen ermordet wurde.

### **(4) Brasilianische Erfahrungen nicht nach Mosambik transportieren**

Seit einigen Jahren ist Mosambik Ziel großflächiger Landnahmen. Aufmerksamkeit erregt gegenwärtig das ProSavana-Projekt, ein gemeinsames mosambikanisches, brasilianisches und japanisches Projekt über eine Fläche von 14 Millionen Hektar. Vorbild ist ein großflächiges Entwicklungsprojekt in Brasilien, dessen Folgen neben dem Anbau von Monokulturen auch ökologische Degradation und Vertreibung indigener Gemeinschaften umfasst. Die mosambikanische Kleinbauernbewegung und La Via Campesina-Mitglied União Nacional de Camponeses (UNAC) kritisiert die intransparenten Vorgänge und den Ausschluss der Zivilgesellschaft vom ProSavana-Projekt. Bei einer Durchsetzung befürchtet UNAC, dass zahlreiche Kleinbauern vertrieben und heimatlos werden. Statt der Förderung des Agribusiness fordert UNAC die Stärkung der bäuerlichen Landwirtschaft.

### **(5) Indonesien: Monokulturen zerstören Lebensgrundlage**

Seit mehr als 20 Jahren leidet in Indonesien ein großer Teil der Bevölkerung unter der extremen Ausbreitung der Palmölindustrie. Indonesien ist der weltgrößte Exporteur von Palmöl – das Hauptimportgut Deutschlands aus Indonesien. Auf mehr als neun Millionen Hektar stehen dort bereits Monokulturen aus Ölpalmen. Für immer neue Ölplantagen werden die Regen- und Torfmoorwälder in Borneo und Sumatra gerodet, jetzt werden neue Großplantagen anstelle der Regenwälder (West-) Papuas angelegt. Naturschutz- und Menschenrechtsgruppen dokumentieren und beweisen seit Jahren, dass viele Palmölkonzerne den Wald ohne die erforderlichen Genehmigungen abholzen. Diese Konzerne gehen mit äußerster Brutalität gegen Bauern und Indigene vor: Sie missachten ihre Landrechte und zerstören Siedlungen und Dörfer. So auch Sungai Buayan, in der Provinz Jambi, auf Sumatra. Ida und Bidin, vom Volk der *Suku Anak Dalam*, leben hier seit vielen Generationen. Ihr Wald ist inzwischen gerodet und sie versuchen, inmitten einer riesigen Palmölplantage zu überleben: Sie dürfen nichts anbauen, denn ihr Land gehört ihnen nicht mehr.